

## Oesterreichische Treue oder punische Treue.

Am 28. November 1863 gab Oesterreich beim Bundesstage die Erklärung ab — daß die Stellung der österreichischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch den „Londoner Vertrag“ bedingt sei; am 4. Dezember verlangte Oesterreich von den Bundesregierungen, sie sollten im Hinblick „auf die ernsten und unabweslichen Folgen eines weiter getriebenen Dissenses nicht für Okkupation, wie einzelne Staaten beantragt hätten, sondern für einfache Exekution in Holstein stimmen; am 23. Dezember stimmte Oesterreich gegen den Antrag Bayerns, — den Ausschus zu beauftragen „binnen 8 Tagen“ über die Erfolgsfrage zu berichten; am 2. Januar 1864 stellte Oesterreich den Antrag beim Bundesstage, letzterer solle den „Herzog Friedrich“ vermögen, — Holstein zu verlassen; unterm selben Datum rückte Oesterreich eine Verbalnote an die Regierung der deutschen Bundesstaaten gegen die Thätigkeit des zur Durchführung der Rechte des rechtmäßigen Herzogs Friedrich eingestiegenen Ausschusses in Frankfurt; am 14. Januar erklärte Oesterreich mit Preußen nach Ablehnung des österreichisch-preußischen Antrages auf Inpfandnahme Schleswigs durch den Bund, es wolle den fraglichen Schritt nunmehr selbstständig als „Großmacht“ thun.

In allen diesen Akten und Willenskundgebungen stand Oesterreich auf Seite Preußens und gegen den Prinzen von Augustenburg, wie gegen den „Bund“, dem gegenüber es ganz entschieden die Eigenschaft einer europäischen Großmacht betonte. Auch in der Frage der Zurückberufung der Exekutionsstruppen Sachsen und Hannovers stand Oesterreich auf Preußens Seite und es ist in der That mehr als leck, wenn Oesterreich in seiner neuesten beim Bundesstage abgegebenen Erklärung von einer „Eigenmacht“ Preußens, womit es die Räumung Holsteins durch die Truppen Sachsen und Hannovers habe „erzwungen“ wollen, redet. Am 1. Dezember 1864, — also zu einer Zeit, wo das österreichische Portefeuille des Auswärtigen nicht mehr in der Hand des Grafen Reichberg, sondern in der des Grafen Mensdorff ruhte — stellte Oesterreich in Gemeinschaft mit Preußen beim Bundesstage den Antrag „auf Beendigung des Exekutionsverfahrens und Zurückziehung der hannöversch-sächsischen Truppen“, ein Antrag der vom Bundesstag am 5. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen zum Beschluss erhoben wurde. Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen-Darmstadt, die sächsischen Herzogthümer, Braunschweig und Nassau stimmten gegen den genannten Antrag Oesterreichs, welches nunmehr, um die ebengenannten Staaten auf seine Seite zu ziehen — mit dreister Miene behauptet, Preußen habe mit „Eigenmacht“ die Räumung Holsteins durch die Truppen Sachsen und Hannovers „erzwingen“ wollen. Ein derartiges Verfahren findet seine Rechtfertigung höchstens in den Moralhyphen eines Escobar, Sanchez, Bouy, Lessius und Bujenbaum.

Da durch den Wiener Friedensvertrag die Souveränität über die Herzogthümer Schleswig-Holstein auf Preußen und Oesterreich ungeheilt übergegangen, und da der Gasteiner Vertrag, welcher nur die „Ausübung“ gewisser Hoheitsrechte räumlich und provisorisch heilte, an diesem Kondominationsverhältnisse weiter rechtlich noch faktisch etwas geändert hat, so ist das einseitige Vorgehen Oesterreichs bezüglich der Einberufung der Stände nicht bloß ein „Vertragsbruch“ sondern geradezu eine Herausforderung, eine Verhöhnung Preußens. Am 6. Oktober 1864 stellte Oesterreich gemeinsam mit Preußen beim Bundesstage den Antrag, der legiere möge die von den Bundeskommissären für Holstein mit Hamburg und Lübeck abgeschlossenen Telegraphen-Verträge für ungültig erklären; und nun kommt dasselbe Oesterreich und will mit Beiseiteschiebung des vertragmäßig konstituierten Souveräns, einseitig Handlungen in Holstein veranlassen, die die höchsten Interessen und die ganze Zukunft dieses Landes und Deutschlands berühren.

Noch im vorigen Jahre fand es Oesterreich für „angezeigt“ — um in dem österreichischen Musterlande style zu rieden — über die Frage der Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände mit Preußen zu „verhandeln“ und die Modalitäten einer derartigen Konvokation in „Verhandlungen“ mit Preußen festzustellen; denn als Preußen — was man ja nicht übersehen möge — am 17. April 1865 die Frage der Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände in einer Tepicke an das Wiener Kabinett „angezeigt“ hatte — bestand Oesterreich anfangs auf Neuwahl der Stände nach dem Wahlgesetz von 1848, ging aber später auf Einberufung der Provinzial-Stände von 1854 ein. Derartige aus den Wiener und Gasteiner Verträgen unbedingt gebotene „Verhandlungen“ mit dem Kondominus — sind aber jetzt in Wien ein überwundener Standpunkt, da die Wiener Staatsweisen es jetzt für „angezeigt“ finden, hinter dem vorgehaltenen Schild des Bundestags, dem man zwei Jahre lang kein Wort der Entscheidung zugestanden hatte, das ungarisch-slavische „Schwert“ gegen das deutsche Preußen zu ziehen.

Die „Treue“ Oesterreichs wird auf diese Weise bald so sprüchörölich werden wie die der Punier. Heute geht Oesterreich mit Montenegro gegen die Türkei, morgen mit der Türkei gegen Montenegro; heute betritt es bei Russland Fußfällig um Hilfe gegen die ungarischen Rebellen, morgen

nimmt es gegen seinen von Finden umringten Retter eine drohende, ja herausfordernde Stellung an; heute schlägt es sich bei Solferino auf Leben und Tod mit Frankreich und morgen buhlt es durch die Bäckersängerlieder der Prinzessin Metternich um die Gunst desselben Mannes, der ihm im Vertrage von Villafranca schwerwuchtig den Fuß auf den Nacken gesetzt; heute beantragt es den Augustenburger aus Holstein hinauszutragen und morgen fordert es Arm in Arm mit dem „sanften Dolder“ das Jahrhundert in die Schranken.

Karthago ist schimpflich gefallen — und seine sprichwörtliche Unzuverlässigkeit, seine Verachtung der Verträge waren Hauptgründe seines Untergangs. Möge Oesterreich sehen, wie weit es mit seinen frommen Vätern Escobar und Bujenbaum abgeborgten Grundsätzen kommt.

## Deutschland.

■ Berlin, 12. Juni. Die von der „Times“ neulich veröffentlichte, auf die letzte Erklärung Oesterreichs bezügliche preußische Depesche vom 4. Juni ist dem Inhalte nach korrekt, nur hat sich das Cityblatt die perfide Fälschung erlaubt, zu behaupten, daß die Depesche auch nach Wien gerichtet sei, während dieselbe doch blos die neutralen Mächte angeht. Die „Times“ will durch diese Erfindung augenscheinlich künststlichen, in wie schroffen und unangemessenen Ausdrücken Preußen zu Oesterreich spreche. Die in dem merkwürdigen Altenstück zu Anfang erwähnte Depesche vom 7. Mai ist sonst noch nicht bekannt. Dieselbe war die Antwort auf die Wiener Depesche vom 26. April, in welcher Oesterreich bekanntlich zuletzt seine Vorschläge für eine definitive Regelung der Herzogthümerfrage mit der Androhung stellte, die Angelegenheit eventuell an den Bund zu bringen. Der Inhalt der Depesche vom 7. Mai ist folgender: Preußen weist die Kompetenz des Bundes zu der Entscheidung über den rechtmäßigen Besitz Schleswig-Holsteins zurück und erklärt es von vorn herein für eine Verleugnung der abgeschlossenen Verträge, wenn Oesterreich einen auf das Besitzrecht Bezug habenden Bundesbeschluß als maßgebend betrachten wollte. Die preußische Regierung könne ihre durch Krieg und Vertrag erworbenen Rechte nicht an einen Dritten übertragen, welcher keine Bürgschaft dafür biete, daß die Opfer, welche der Erwerb kostet, ein Aequivalent finden werden. Wenn dagegen die österreichische Regierung ihre Rechte anderweit übertragen wolle, so könne dies nur mit gegenseitiger Zustimmung beider Kontrahenten geschehen, und sei Preußen zu bezüglichen Verhandlungen bereit. Auf diese preußische Erklärung ist bekanntlich österreichischerseits keine Antwort erfolgt.

Berlin, 12. Juni. Die „Times“ veröffentlicht eine Circular-Depesche, welche Graf Bismarck am 4. Juni an die Vertreter Preußens im Auslande gerichtet hat. Es wird darin über gewisse lezte Versuche, in Wien zu einer Verständigung zu gelangen, Aufschluß gegeben, und nach einer scharfen Kritik der österreichischen Politik mit großer Unmündigkeit die Ausichtslosigkeit aller weiteren Friedensbemühungen konstatiert. Das in Betreff des Inhalts wie der Form bemerkenswerthe Altenstück lautet:

Ich habe Ew. Excellenz schon bei früherer Gelegenheit die Depesche mitgetheilt, welche ich am 7. des letzten Monats dem Königlichen Gesandten in Wien in Betreff der Note des Grafen Mensdorff vom 28. April bezüglich der Frage der Elb-Herzogthümer übermittelt habe. Abschließlich wählte ich für diese Mittheilung die Form einer vertraulichen Darlegung, die nicht in Abschrift übergeben werden sollte, weil die Erfahrung mich gelehrt hatte, daß ein wirkliches Verständniß nicht durch den Austausch von Dokumenten gefördert wird, welche gewöhnlich unmittelbar Veröffentlichung zu erhalten pflegen, und weil es der vornehmlichste Wunsch der Königlichen Regierung war, dem Wiener Kabinett die Möglichkeit einer Annäherung darzubieten oder offen zu lassen. Wir hatten also zuerst Ursache, anzunehmen, daß dieser unsrer Schrift in Wien seine Würdigung finden werde, und Graf Mensdorff schien, nach seinen Bemerkungen an Baron v. Werther zu urtheilen, in demselben eine solche Möglichkeit wahrgenommen zu haben. In Wahrheit, die Haltung unserer Mittheilung, wo sie immer bekannt wurde, ist als ein Symptom herzlicher Gefühle und wachsender Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens anzusehen worden.

Bergebens haben wir auf eine Entgegnung oder selbst nur auf eine bloße Auslassung des Kaiserlichen Gesandten über diesen Gegenstand gewartet.

Zum Gegenheil sind wir gezwungen, die Erklärung der österreichischen Regierung beim Bundesstage zu Frankfurt a. M. am 1. Juni als die Antwort auf unsere versöhnlichen Eröffnungen zu betrachten. In dieser Erklärung übergibt Oesterreich, nach einer rückblickenden Darlegung, die mit den Thatsachen nicht übereinstimmt und gegen Preußen beleidigend ist, dem Bundesstage die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage, und gibt zugleich Kenntnis von einem Urteil der Souveränität in Holstein — nämlich die Einberufung der Stände, welche es für sich allein zu unternehmen von dem Augenblick an nicht berechtigt ist, wo es sich selbst durch die Verweisung auf den Bundesstag vom Gasteiner Vertrage entbindet und dadurch an Stelle der jüngsten geographischen Theilung das alte Verhältniß des Mitbesthes setzt.

Wir haben schon in Wien gegen diesen nicht zu rechtfertigenden und einseitigen Alt, so wie auch gegen die ebenso nicht zu rechtfertigende Beifügung über unsere Rechte durch die Übertragung derselben an den Bundesstag protestiert und behalten uns vor, weitere Schritte zu thun.

Doch vorab kann ich mich nicht enthalten, zu erklären, daß wir nicht im Stande sind, in diesem Verfahren der österreichischen Regierung etwas Anderes wahrzunehmen, als die Absicht einer di-

rekten Provokation und den Wunsch, mit Gewalt einen Bruch und Krieg herbeizuführen.

Alle unsere Erfundigungen gestehen zu, daß der Entschluß, gegen Preußen Krieg zu führen, in Wien fest gefaßt ist.

Ich kann Ew. Excellenz auf den Wunsch S. Majestät vertraulich mittheilen, daß zu derselben Zeit, als wir die oben erwähnte versöhnliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der König, angetrieben von der Pflicht, den Frieden so lange wie möglich zu erhalten, bereitwillig einen Vorschlag zur direkten Verständigung von einer unparteiischen Seite in Wien entgegennahm und Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, ohne Beteiligung des Ministeriums, mittheilte, um sich zu vergewissern, ob Se. Majestät noch von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorschlag war, die Fragen über Schleswig-Holstein und die Bundesreform gemeinschaftlich zu verhandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern.

Die Verhandlungen, auf Seiten der Vermittler auf die friedlichsten Wünsche gestützt, haben, wie Se. Majestät mir mittheilt, nur erwiesen, daß ein entsprechendes Gefühl in Wien nicht mehr vorhanden ist. Sie haben, ungeachtet der theoretischen Friedensliebe des Kaisers, das Verlangen nach Krieg dargelegt, welches jede andere Erwägung in seinem ganzen Range beherrscht, selbst unter Jenen, welche nach unserem Wissen Anfangs gegen den Krieg und selbst gegen die Vorbereitungen und Rüstungen stimmten, und daß dieses Verlangen jetzt auch entschieden Einfluß über den Kaiser selbst gewonnen hat. Nicht allein wurde dort der gänzliche Mangel aller und jeder Bereitwilligkeit befunden, in selbst vertrauliche Verhandlungen einzutreten und die Möglichkeit einer Verständigung zu diskutieren, sondern Auslassungen einflussreicher österreichischer Staatsmänner und Rathgeber des Kaisers sind dem Könige aus einer authentischen Quelle mitgetheilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die Kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinweg zu kommen — ja, selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen „ehrenvollen“ Bankrott Hülfe zu verschaffen.

Die Handlungen der österreichischen Regierung stimmen mit dieser Absicht nur zu genau übererein.

Ich habe oben erwähnt, daß wir gezwungen sind, in der dem Bundesstage abgegebenen Erklärung eine direkte Provokation zu erkennen.

Sie hat nur einen Sinn, wenn das Wiener Kabinett ihr unmittelbar den ausgesprochenen Bruch folgen zu lassen beabsichtigt, denn es kann nicht erwartet haben, daß wir uns gutmütig diesem Angriffe auf unsere Rechte unterwerfen sollten. In einer anderen Angelegenheit, der Zwangs-Anleihe, die in Italien angeordnet worden und welche den Umständen einen Stachel erböterh. Verkörper aufdrückt, zeigt sich, daß Oesterreich auch gegen Italien nur von den extremsten Mitteln Gebrauch machen will. Damit stimmen die Vorhalte überein, mit denen nach hier erhaltenen Benachrichtigungen es seine Antwort auf die Einladung zur Konferenz begleitet, und welche, wie wir hören, von allen drei Mächten einer Weigerung gleich verstanden werden.

Nachdem die Form der Einladung durch Verhandlungen zwischen den einladenden Mächten eigens so abgefaßt worden war, daß Oesterreich anzunehmen im Stande sein sollte, ohne sich selbst irgend etwas im Voraus zu vergeben und ohne gezwungen zu sein, Vorhalte zu machen, so ist es bestimmt das Wiener Kabinett, welches alle diese Mühen fruchtlos macht.

Dahinter können wir nur die entschiedene Absicht von Seiten Oesterreichs sehen, Krieg mit Preußen zu erzwingen und bei dem Eingehen in Verhandlungen über den Kongress höchstens durch Aufschub Zeit für seine eigenen, noch nicht gänzlich vollendeten Anordnungen, besonders aber für die seiner Verbündeten, zu gewinnen. Der Krieg ist ein abgemachter Beschuß in Wien; der einzige nächste Punkt ist der, den günstigen Augenblick zu wählen, ihn zu beginnen.

Diese Überzeugung ist uns mit gebieterischer Nothwendigkeit durch die meisten jüngsten Thatsachen aufgezwungen worden, und wir sind der Meinung, daß nur eine absichtliche, vorurtheilsvolle Ansicht zu einem entgegengesetzten Schlusse kommen kann. Die Thatsachen sprechen zu laut, als daß leeres Gerede über die Kriegsglücks-Predigten, welches einzige auf Konstellationen, Kombinationen, falsch ausgelegten Darstellungen und leeren Gerüchten ruht, bei einem Vergleiche nicht in Nichts zerstießen sollte. Vielleicht wird man uns zuletz glauben, wenn wir feierlich gegen jeden Gedanken an den Wunsch, unsere Ansprüche an die Herzogthümer durch Gewalt und mit Misshandlung gegen die Rechte des Mitbesthers geltend zu machen, protestiren. Jetzt wird es wahrscheinlich nicht so schwer sein, die wirklichen Beweggründe zu den Rüstungen zu begreifen, durch welche Oesterreich die gegenwärtige Krise herheißt und deren Beseitigung auch auf dem Wege des Kongresses unmöglich zu machen es sich weiter durch seine angenommene Haltung bemüht hat.

Wir vermögen mit ruhigem Gewissen an das Urteil aller unparteiischen Staatsmänner zu appelliren, welcher von beiden Theilen bis zu dem letzten Augenblick Versöhnung und Friedensliebe entfaltet hat.

Ich ersuche Ew. Excellenz hochachtungsvoll, sich im Sinne dieser Depesche gegen den Minister des Auswärtigen des Hofes, an dem Sie beglaubigt sind, auszusprechen.

Berlin, 4. Juni 1866.

— Auf die Beschwerde der Stadtverordneten-Versammlung in Beziehung auf die Reisekosten des Stadtraths Risch und des Baumasters Hennicke, sowie auf den Druck der Reiseberichte ist

Bismarck.

von der Königlichen Regierung zu Potsdam die nachstehende Entscheidung ergangen:

"Die Beschwerde der Stadtverordneten-Versammlung vom 26. April c. über das Verfahren des dortigen Magistrats bei Ausführung der die Anlegung von Schlachthäusern und Marstallbauen betreffenden Beschlüsse ist uns von dem Magistrat mit seinem Begeleit-Berichte versehen, unter dem 4. v. M. eingereicht worden. Nach Prüfung der Sachlage eröffnen wir der Stadtverordneten-Versammlung Folgendes: Zu I. der Beschwerde müssen wir der Stadtverordneten-Versammlung dahin betreten, daß der Magistrat allerdings nicht befugt war, die von den städtischen Deputirten eingereichten Liquidationen, welche mit einem Betrage von bezüglich 3500 Thlr. 7 Sgr. und 2318 Thlr. 12 Sgr. abschließen, in dieser Höhe einseitig festzusetzen und anzuweisen. Wenn auch der Wortlaut der Engagements-Verhandlung vom 15. Februar v. J. darüber Zweifel zulassen mag, ob die Reise der Deputirten auf die Monate April und Mai v. J. beschränkt sein, oder ob mit diesen Monaten nur die Zeit des Antritts der Reise bezeichnet und im Uebrigen die Dauer der Reise dem billigen Ermessen der Deputirten überlassen werden sollte: so kann doch darüber kein Bedenken obwalten, daß als diejenigen Länder, auf welche sich die Reise zu erstrecken hatte, von der Stadtverordneten-Versammlung nur England, Frankreich, Belgien und Deutschland bezeichnet worden sind, und daß also, wenn die Deputirten es für zweckmäßig erachtet, ihre Reise auch auf andere Länder auszudehnen, für die hierdurch entstehenden Kosten es einer besonderen Bewilligung der Stadtverordneten-Versammlung bedürfe (s. §. 56 (4) der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853). Zu II. müssen wir der Stadtverordneten-Versammlung dahin betreten, daß die Deputirten, wenn sie einmal vorgezogen haben, statt einen festen Diätenfaz zu beantragen, ihre Ausgaben zu liquidieren, auch verpflichtet waren, dieselben näher, als es wirklich geschehen, zu spezifizieren und zu belegen. Dagegen müssen wir es unter den obwalten Umständen ablehnen, unsererseits einen angemessenen Betrag für die gedachte Liquidation zu arbitriren. Es wird vielmehr die Begründung der einzelnen Ansätze zu erfordern und demnächst darüber von der Stadtverordneten-Versammlung zunächst zu beschließen sein.

— Das Haupt-Bank-Direktorium macht wieder im "Staats-Anzeiger" bekannt, daß auch in diesem Jahre auf Wolle, deren Niederlegung in die Speicher der Bank geschehen kann, Darleben gewährt werden. Anträge auf Bewilligung sind an die Bank-Taxatoren Bernhard, Liezmann und Parrissus zu richten.

— Die "beschleunigte Abreise" des Erbprinzen von Augustenburg hat überall in Holstein einen schlechten Eindruck gemacht. Die "Blensb. Nod. Ztg." schreibt darüber:

Von vielen Seiten wird uns berichtet, daß die freiwillige sofortige Abreise des Erbprinzen von Augustenburg aus Kiel auf seine Anhänger einen eben so niederschlagenden als beschämenden Eindruck gemacht hat. Das eine Sache, mit der es ohne Frage vielen aufsichtiger Ernst war, so dem Gelächter Europas preisgegeben werde, hatte man nicht erwartet. Bei manchen sonst ganz stillen Leuten gefüllt sich, wie uns berichtet wird, zu Scham und Angst Entrüstung; namentlich auf dem Lande soll man sich sehr erb und bitter aussprechen. Gerade in holsteinischen Städten, wo Parteien sich ausgebildet haben, wirkte die Nachricht am stärksten. "Der Herzog", heißt es, "hat uns, seine getreuen Anhänger in Ichermanns Augen herabgesetzt. Man durste von ihm verlangen, daß er Freud und Leid mit uns teile, daß er nicht in der Stunde schlimmer Gefahr, wo Niemand wissen konnte, wie die Dinge laufen, der Erste sei, der sich in Sicherheit bringt... Es war nicht recht vom Herzog, in der Stunde der Entscheidung uns kleinmütig dem Gegner zu überliefern. Wer sich selbst verläßt, darf von Anderen auch kein Vertrauen mehr fordern." Alter Denkende urtheilen: "Solchen Selbstmord zu vollziehen, war vollständig unnötig und hat den Preußen nur eine Verlegenheit erwart." Die Folgen der überstürzten Entfernung des Erbprinzen aus Kiel werden sich zeigen.

Der selben Zeitung wird aus Kiel geschrieben:

"Die schleunige Flucht des Erbprinzen, der nicht einmal mehr die Nacht vom 6. auf den 7. in Düsseldorf zuzubringen wagte, macht natürlich noch immer viel von sich reden. Einiges mehr Entschlossenheit hätte man dem Manne des Rechts doch zugetaut. Für den Versuch der „Kiel. Ztg.“, sein Verhalten zu vertheidigen, hat man überall nur ein spöttisches Lächeln. Ichermann wußte ohne dies, daß es stets Gründe genug gibt, die es räthlicher erscheinen lassen, zu fliehen, als auszuhalten. Trotzdem aber pflegt man ein solches Verhalten nicht noch tapfer zu nennen."

Aus Stuttgart, 8. Juni, schreibt die "A. Z.": "S. Maj. die Königin wurde, als sie gestern Abends mit Sr. Maj. dem König seit ihrer Rückkehr aus Russland zum ersten Mal wieder im K. Hoftheater erschien, von dem bei der ersten Wiederholung der Albert'schen Oper „Astorga“ zahlreich versammelten Publikum mit den begeistertesten Jubelrufen empfangen, die lange gar kein Ende nehmen wollten. Es leuchtet daraus die dankbare Anerkennung für die Bemühungen hervor, welche man allgemein ihrer Majestät bei ihrem erhabenen Bruder, dem Kaiser Alexander von Russland, für Erhaltung des Friedens und für die Anerkennung des deutschen Rechts gegen preußische Vergewaltigung zuschreibt."

Wien, 10. Juni. Die Cigarrenpreise sind plötzlich zur Bestürzung der Raucher erhöht. Die "Wiener Zeitung" zeigt an, daß die Preiserhöhung erfolgt sei wegen des rapiden Steigens des Silber-Agio's.

— Der "Frankfurter Postzeitung" schreibt man aus Wien vom 6. Juni: "Ein neuester Armeebefehl Benedek's hat große Aufregung unter den — Kapellmeistern hervorgerufen. Er verfügt darin, daß die Musikkörper der Regimenter eventuell mit in die Aktion zu ziehen und mit klingendem Spiel die vorwärts stürmenden Truppen zu begleiten haben."

Unskland.

Paris, 10. Juni. Heute war der Kaiser mit Hrn. Haussmann und dem Minister de Lavallois im Luxembourg Garten. Die Opposition, auf welche das Haussmann'sche Projekt stößt, soll nicht ohne Eindruck auf den Kaiser geblieben sein.

Italien. Die "Italia" versichert, daß die Feindseligkeiten am 12. d. M. beginnen werden. General Gabrizi ist zum Generalstabschef, Cairoli zum Generalquartiermeister der Freiwilligen ernannt.

Laut dem "Secolo" ist von Florenz nach Caprera der Courier

abgegangen, der Garibaldi den Ruf des Königs bringt, den Oberbefehl über die Freiwilligen-Armee sofort anzutreten. Das Dekret, das den Prinzen von Carignan zum Reichsverweser ernannt, die Proklamation Victor Emanues an das Volk und das Manifest Lamarmora's an Europa liegen bereit, und letzteres ist laut dem genannten Blatte ständig zu erwarten.

Eine ungarische Legion bildet sich in den Abruzzen. In Neapel werden Freiwilligen-Bataillone formiert, die nur gegen die Briganten zu marschiren haben. Der Prinz Humbert endlich wird das Kommando des neu zu bildenden fünften (Reserve-) Armeekorps übernehmen, das sich als der 17., 18., 19. und 20. Division zusammensehen soll. Es hat die Aufgabe, die Linie Florenz, Pistoia, Lucca und Arezzo zu schützen. Das Gerücht von einem mit dem ersten Kanonenbluse von Scialoza auszuschreibenden Zwangs-Anlehen wird uns als grundlos bezeichnet; eine solche Maßregel wird vor der Hand noch vermieden werden; dagegen sollen die Banken von Neapel und Toscana, welche bisher vom Zwangskonkurrenz ihrer Noten profitiert haben, ohne dem Staate dafür irgend welche Dienste zu leisten, zu größeren Krediteröffnungen herangezogen werden.

Die vom Kriegs-Ministerium in Florenz mit Kürassen von Aluminium-Metall aufgestellten Versuche haben ein glänzendes Ergebnis geliefert. Aus gezogenen Karabinern in einer Entfernung von 30 Schritt auf die Platte abgefeuerte Schüsse brachten eben so wenig Ladungen hervor, als Bayonettschüsse, die, ohne die Panzer zu versetzen, von ihnen abglitten, obgleich man einige der stärksten Versaglier mit der Bayonettkarabiner im Sturmschritte gegen sie hatte vorgehen lassen. Infolge dessen wurde angeordnet, daß zwei Kürassier-Regimenter mit diesen Aluminipanzern versehen werden sollen.

Athen, 2. Juni. Die Ministerkrise ist wiederum glücklich gelöst, der Präfekt von Korfu, dem der König das Portefeuille des Innern bestimmt hatte, welches ihm der Konfessionspräsident Rousos durchaus nicht geben wollte, hat sich bereit lassen, mit dem Portefeuille des öffentlichen Unterrichts zufrieden zu sein, was im jetzigen Griechenland ziemlich gerin g geachtet zu werden scheint. Der König hat denn auch hierin nachgegeben; dogegen ist er fast bei seiner Reise nach Korfu geblieben, er wird in den nächsten Tagen dahin abreisen und wenigstens drei Monate dort bleiben. Rousos hatte erst Lust, eine Kabinettssitzung aus dieser Reise zu machen; da er aber merkte, daß der König ihn lieber gehen lassen, als auf die Reise verzichten würde, so blieb er lieber und ließ den König gehen. Im Uebrigen großer Geldmangel, wie gewöhnlich.

Aus Ibrailla, 2. Juni, wird der "Oesterl. Gen.-Corr." über die Meuterei der Gränger (Grancari) berichtet, am 30. Mai, Mittags, hätten etwa 600 Mann „bei dem russischen Monument“ Posto gesetzt und sich geweigert, zur regulären Armee abzumachen, da sie Baueramiliz seien und, von ihrem rechtmäßigen Führer (Rusa) eingefest, den Ausländer (Karl I.) nicht anzuerkennen brauchten. Da der Präfekt sie nicht mit guten Worten bereden konnte, mußte er zwei Schwadronen Dragoonen, eine aus Galatz requirierte Kompanie und die Mannschaft der Donauflottille gegen sie aufstellen. Inzwischen hatte sich aber auch viel Vor und Gegen den Grängern beigelegt und drohte, sich mit Knütteln zur Wehr zu setzen. Schließlich sah der Präfekt, der sich durch den Telegraphen Instruktion von Bulaest erholt hatte, genöthigt, die Leute mit den Waffen, die sie nicht abliefern wollten, in ihre Töfer heimzubringen zu lassen, da dieselben auf ihr Recht pochten, nur zum Wachdienst auf 6 Meilen Entfernung verwandt werden zu dürfen. Die Sache ist deshalb so ernst, weil die Regierung bat nachgeben müssen.

#### Wommers.

Stettin, 13. Juni. Die Eröffnung der Darlehnskasse am hiesigen Orte wird wahrscheinlich im Laufe dieser Woche, Donnerstag, erfolgen. Das Bureau befindet sich im Königlichen Bankgebäude, am Röhrmarkt, rechter Hand. Der Königl. Kommissarius der hiesigen Darlehnskasse, Regierungsrath Staberoh, wurde gestern vereidigt.

— Der Regierungsrath Scheumann, bisher in Königsberg, ist an die Regierung in Stettin versetzt worden.

Aus dem Rügenwalder Amte, 8. Juni. Die Demokratie läßt es sich ihr angelegen sein, in denjenigen Gemeinden, in welchen sie keine Aussicht hat, ihre Kandidaten durchzubringen, den Wählern plausibel zu machen, daß sie den Kronprinzen wählen müßten, wenn ihren Wünschen Rechnung getragen werden sollte. Unsere Landsleute, welche trotz aller Putschereien noch immer fest zum Königshause stehen, hören das gern, ohne zu ahnen, welche gefährliche Schlinge hiermit ihrer Treue gelegt wird. Durch diese schlaue List beweckt die Demokratie nichts Geringeres, als die Stimmen derjenigen, welche leichtgläubig genug sind, auf jenen Vorschlag einzugehen, aus dem Wege zu räumen, damit sie bei der Abgeordnetenwahl desto sicherer das Feld behaupten könne. Daher aufgepaßt!

Stralsund, 11. Juni. Der Oberstleutnant Linz, Play-Ingenieur zu Stralsund, ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

— Gestern Abend gegen 10 Uhr entlud sich hier ein starkes Gewitter mit sehr schwerem Regen, das über eine Stunde anhielt und sich mit Unterbrechungen bis gegen Morgen wiederholte, ohne daß die schwule drückende Temperatur dadurch abgefühlt wurde. Jedenfalls hat der Blich in der Umgegend vielen Schaden angerichtet, da von hier aus an verschiedenen Stellen Feuer wahrgenommen wurde; so soll es zu Plüggen, Krönneby, Dreschwitz und Barrendorf gebrannt haben, doch fehlt es bis jetzt an genauen zuverlässigen Nachrichten darüber.

Neustettin, 10. Juni. Dem Ausmarsche des mobilen Landwehr-Bataillons ging eine ernste Feier voran. Der Superintendent hielt auf dem Markte den unterm Gewehr stehenden und mit Blumen geschmückten Wehrmännern eine tiefgefühlte und ergreifende Feldpredigt.

#### Berichtes.

— Nach einem sächsischen Blatte trafen vor einigen Tagen ein preußischer und ein österreichischer Soldat, welche sich im schleswig-holsteinischen Kriege kennen gelernt hatten, auf einem Kirchweihfest eines Grenzortes zusammen. Die ehemaligen Waffenträger feierten ihr Wiedersehen auf eine so herzliche und nachdrückliche Weise, daß sie beim Abschiede und bei der Rückkehr ihre resp.

Standquartiere verwechselten. Der Irrthum klärte sich erst zum Erstaunen ihrer Kameraden auf, als der Preuße im österreichischen und der Österreicher im preußischen Lager ankam (?).

#### Neueste Nachrichten.

Hamburg, 12. Juni. Der "Börsehalle" meldet ein Telegramm aus Lima vom 14. Mai, daß das spanische Geschwader, anscheinend stark beschädigt, am 10. Mai die peruanischen Gewässer verlassen und die Blokade aufgehoben habe.

Altona, 11. Juni, Abends 10 Uhr. So eben hat der F.M.R. v. Gablenz dem Erbprinzen von Augustenburg einen Besuch abgestattet.

Schleswig, 12. Juni, Vormittags. Das "Schleswigsche Verordnungsblatt" bringt eine Bekanntmachung des Freiherrn von Zedlitz, durch welche die Proklamation des Gouverneurs von Manteuffel an die Holsteiner mitgetheilt wird. Es wird hierbei ausdrücklich bekannt gegeben, daß die durch Bekanntmachung vom 15. September 1865 für das Herzogthum Schleswig veröffentlichte Organisation bis auf Weiteres in Schleswig unverändert bleibt.

Ishoe, 12. Juni, Mittags. Eine gestern Abend zu Brunsbüttel stattgehabte stark besuchte Volksversammlung hat die in der Altonaer Massenversammlung gefassten Resolutionen angenommen. In Heide wird zu heute eine Volksversammlung beabsichtigt, welche, wie man annimmt, sich ebenfalls dem Altonaer Beschlüsse anschließt.

Darmstadt, 12. Juni. Der Minister v. Dalwigk äußerte in der gestrigen Kammerstung, der Bund werde in allerfürstester Zeit den Herzog von Augustenburg anerkennen, einen Bundestagsgesandten desselben provisorisch zulassen, im Uebrigen aber die ganze Frage dem Austrägalgericht zu überlassen.

Frankfurt a. M., 11. Juni, Abends. Nach einer Mitteilung des "Frankfurter Journals" aus Darmstadt hat Mep in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer den Eingang eines Ministerialschreibens angezeigt, worin die Regierung auf sofortige Einberufung eines mit vollkommenen konstitutionellen Machtsätzen ausgestatteten Parlamentes hinzuwirken verspricht.

Stuttgart, 12. Juni, Mittags. Sämtliche Beurlaubte des stehenden Heeres sind auf übermorgen einberufen, desgleichen vom ersten Aufgebot der Landwehr die Exkapitulanten und die dienstjährige noch nicht einercirte Mannschaft.

München, 11. Juni, Abends. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer beantragte der Referent für den Finanzausschuß, Abgeordneter Feustl, im Kriegsfall die erforderlichen Mittel durch Ausgabe von Schapscheinen, durch eine Erhöhung der Steuern und durch ein mit 6 Prozent zu verzinsendes Anlehen, im Falle einer friedlichen Lösung durch ein Anlehen, durch Ausgabe von Schapscheinen und von Papiergele im Maximalbetrag von 15 Millionen Gulden zu beschaffen.

#### Telear. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 12. Juni. Der österreichische Gesandte ist telegraphisch angewiesen, Berlin zu verlassen, und wird morgen Abend um 11 Uhr abreisen.

#### Wollbericht.

Posen, 11. Juni. Die Wollfahrt dauert lebhaft fort. Bis zum 10. waren 13,325 Etr. eingetroffen, die bis heute auf 20,000 Etr. und mehr gestiegen sind. Die Kauflust ist rege. Es sind zahlreiche Käuter aus dem Rheinlande, auch vom Auslande vier, meist Fabrikanten. Die aus der Mark, Sachsen, der Lausitz sind meist angekauft. Da die Produzenten einen Preisabschlag gern gewilligen, so hat das Geschäft guten Fortgang. Es gefällt sich besonders günstig für die Fabrikanten, welche diesmal reichliche Gelegenheit haben, ihren Bedarf unmittelbar von den Produzenten zu entnehmen und ihre Auswahl sorgfältig zu treffen. Die hiesigen Händler halten sich, mehr als durch die Umstände geboten ist, vom Aufzug zurück; jedoch waren nicht unerhebliche Posten schon vor dem Markt in ihren Besitz übergegangen, die weitaus gesetzter sind, weitaus hier ohne Verlust für Industrie Abnahme fanden. Die Preise sind besser als auf dem Breslauer Markt. Bei guter Wäsche wurden für seine und mittelseine 65—66 Pf. für geringere 55—58 Pf. gezahlt. Der Preisabschlag gegen das vorige Jahr beträgt 5—10 Pf.

#### Schiffserichte.

Swinemünde, 12. Juni, Vormittags. Angelommene Schiffe: Germania, Leidenwitz von Hamburg; Carl, Rohloff von Othenburg; Martha, Stuhl von Copenhagen; Alby, Petrovsky von Malaga; Sir Robert Calder, Wright von Newcastle; Americain, Rio von Havre; von der Heydt, Kopf von Newcastle; Düngegathe, Arp von Rendsburg; Alexandra (SD), Bleckert von Hull; Carl, Evert von Newcastle, liegt in Swinemünde, 7 Schiffe in Sicht. Wind: NW. Strom angedeutet. Revier 14<sup>1/2</sup> F.

#### Wörsen-Berichte.

Berlin, 12. Juni. Weizen loco still, Termine ohne Umsatz. Get. 1000 Etr. Roggen-Termine eröffneten fest über gestrige Schlupfpreise, ermittelten später unter dem Einfluß einer höheren Ründigung in Höhe von 18,000 Etr., welche einer schlechten Aufnahme begegneten. Rade Lieferung wurde hierdurch am meisten berührt und schließlich ca. 1% Etr. billiger erlaßt, wogegen für die entfernten Sichten Abgeber weniger dringend auftreten und in den Notizen hierfür keine Änderung eingetreten ist. Von Locoware sind keine Qualitäten beliebt. Hafer loco reichlich am Markt, Termine ohne Änderung. Get. 2400 Etr.

Rüböl war heut fast geschäftlos und sind Umsätze fast gar nicht bekannt geworden. Preise haben dadurch keine Änderung erfahren. Von Spiritus machte sich Loco Waare knapp und bot etwas bessere Preise, während Termine nach anfänglicher Festigkeit wieder matter schwieß und gegen gestern wenig verändert. Get. 30,000 Oct.

Weizen loco 40—68 Pf. nach Qualität, gelber obet, 60 Pf. ab Bd. bez., Lieferung pr. Juni-Juli und Juli-August 59 Pf. Br., 68 Pf. Br., pr. September-Oktober 60 Pf. nominiert.

Roggen loco 80—81 Pf. 43<sup>1/2</sup> Pf. ab Boden bez., 80 Pf. ab Boden Pari gegen Juli-August getauscht, schwimm. 82—83 Pf. vor dem Kanal 43<sup>1/2</sup> Pf. bez., pr. Juni und Juni-Juli 43, 1/2, 42<sup>1/2</sup> Pf. bez. u. Bd., 1/2 Pf. Br., Juli-August 43, 1/2, 42<sup>1/2</sup> Pf. bez. u. Bd., 43 Pf. Br., September-Oktober 43<sup>1/2</sup>, 44, 43<sup>1/2</sup>, 42<sup>1/2</sup> Pf. bez. u. Bd., Oktober-November 43<sup>1/2</sup>, 44, 43<sup>1/2</sup>, 42<sup>1/2</sup> Pf. bez.

Große, große und kleine 31—40 Pf. per 1750 Pf.

Hafer loco 25—30 Pf., schles. 26<sup>1/2</sup>—29 Pf., panim. 28—29<sup>1/2</sup> Pf.

Pf. bez., Juni u. Juni-Juli 28, 28<sup>1/2</sup>, Pf. bez., Br. u. Bd., Juli-August 28<sup>1/2</sup>, Pf. bez., September-Oktober 26<sup>1/2</sup>, 1/2 Pf. bez., Oktober-November 26<sup>1/2</sup>, Pf. bez.

Erbsen, Kochwaare 52—60 Pf., Futterwaare 44—52 Pf.

Rüböl loco 14 Pf. Br., Juni 13<sup>1/2</sup>, 1/2 Pf. bez., Juni-Juli 12 Pf. Br., Juli-August 11<sup>1/2</sup>, Pf. Br., September-Oktober 11<sup>1/2</sup>, Pf. bez.

Leinöl loco 12<sup>1/2</sup> Pf.</p

# Berliner Börse vom 12. Juni 1866.

Dividende pro 1865.	Zf.
Aachen-Düsseldorf	3½, 3½ —
Aachen-Maastricht	0 4 26½ bz
Amsterd.-Rotterd.	7½ 4 93 bz
Bergisch-Märk. A.	9 4 117 bz
Berlin-Anhalt	13 4 169½ bz
Berlin-Hamburg	9½ 4 130½ G
Berlin-Pots.-Mgdb.	16 4 168 bz
Berlin-Stettin	— 4 109½ bz
Böh. Westbahn	— 5 43½ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	9 4 107 G
Brüg.-Neisse	5½ 4 67 G
Cöln-Minden	— 4 219½ bz
Cos.-Odb. (Wilh.)	2½ 4 38 bz
do. Stamm.-Pr.	— 4 — bz
do. do.	— 5 — bz
Löbau-Zittau	— 4 26 bz
Ludwigsh.-Bexbach	10 4 129% B
Magd.-Halberstadt	— 4 157 B
Magdeburg-Leipzig	— 4 —
Mainz-Ludwigh.	— 4 109½ bz
Mecklenburger	3 4 55 G
Niederschl.-Märk.	— 4 73 bz
Niederschl.-Zweigb.	— 4 — bz
Nordb. Fr.-Wilh.	— 4 50½ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	10% 3 124 bz
do. Litt. B.	10% 3 111 bz
Oesterr.-Fr. Staats	— 5 73 bz
Oppeln-Tarnowitz	3½ 5 53½ bz
Rheinische	— 4 92½ bz
do. St.-Prior.	— 4 97½ G
Rhein-Nahebahn	0 4 22½ bz
Rh.-Cref.-K.-Gladb.	5 3½ —
Russ. Eisenbahnen	— 5 63½ bz
Stargard-Posen	4½ 3 76 G
Oesterr. Südbahn	— 4 73½ bz
Thüringer	— 5 116½ bz

do. do. IV. 41 —	bz
do. do. V. 41 78	bz
do. Do. & Elb. 4 —	bz
do. do. II. 4 —	bz
do. do. Dritt.-Soest 4 —	bz
do. do. II. 4 —	bz
Rjukan-Konkov 5	G
Rig-Dinab.	
Kuhr-Cref. K. G. 41	G
do. do. II. 4 —	G
do. do. III. 4 —	bz
Stargard-Posen 4	G
do. do. II. 4 —	B
do. do. III. 4 —	B
Südösterr. 3 175	bz
Thüringer 4 —	bz
do. III. 4 —	B
do. IV. 41 90	B

## K' Preussische Fonds.

Freiwillige Anl. 41	81 bz
Staatsanl. 1859 5	91 bz
do. 54, 55, 57,	
59, 66, 64 41	81½ bz
do. 50/52 4	71 bz
do. 1853 4	71 bz
do. 1862 4	71 bz
Staatschuldssch. 34	69½ bz
Staats-Pr.-Anl. 34	106 bz
Kur.-N. Schild. 34	— bz
Odr.-Deich.-Obl. 41	— bz
Berl. Stadt-Obl. 41	78½ bz
do. do. 34 —	bz
Börsenh.-Anl. 5	87½ B
Kur.-N. Pfdb. 34	68½ bz
do. neue 34 —	78½ G
Ostpreuss. Pfdb. 34	— bz
do. 72½ bz	
Pomm. 34 69½ bz	
do. 479 G	
Posensche 4 —	—
do. neue 34 —	bz
Schlesische 34 —	bz
Westpreuss. 34 68 B	
do. 72½ bz	
do. neue 4714 bz	
Kur.-N. Rentbr. 477 bz	
Pommer.-Rentbr. 477 bz	
Posensche 4 76½ bz	
Preuss. 477 bz	
Westf.-Rh. 4 84 G	

## Ausländische Fonds.

Sächsische -	4 77 G
Schlesische -	4 78 G
Hypothek.-Cert. 41	90 bz
Oesterr. Met. 5	37½ bz
do. Nat. Anl. 5	42½ bz
do. 1854r Loose 4	47 bz
do. Creditloose —	47 bz
do. 1860r Loose 5	51½ bz
do. 1864r Loose —	29 bz
do. 1864r Sb.A. 5	48½ bz
Italienische Anl. 5	37 bz
Insk. b. Stg. 5. A. 5	56 G
do. do. 6. A. 5	75 bz
Russ.-engl. Anl. 5	76 G
do. do. 3 47½ bz	
do. 1862 5 78 bz	
do. do. 1864 Holl. 5	86 G
do. do. 1864 Engl. 5	85 G
Russ.-Prämien-A. 5	72½ bz
Russ. Pol. Sch.-O. 4	55 bz
Cert. L. A. 300 Fl.	72 bz
Pfdbr. n. in S.-R. 4	51½ bz
Part.-Obl. 500 Fl.	78 B
Amerikaner 6 69 bz	
Kurhess. 40 Thlr.	46 B
N. Badisch. 35 Fl.	26 B
Dessauer Pr.-A. 34 88 bz	
Lübeck. do. 34 44 G	
Schwed. 10 Thlr. — B	

## Wechselcoure.

Amsterdam kurz 5 14½ bz
do. 2 Mon. 5 140½ bz
Hamburg kurz 3 15½ bz
do. 2 Mon. 3 14½ bz
London 3 Mon. 6 6 18½ bz
Paris 2 Mon. 3 79½ bz
WienOest. W. 8T. 5 71 bz
do. do. 2 M. 5 69½ bz
Augsburg 2 M. 5 57 2 bz
Leipzig 8 Tage 6 99½ G
do. 2 Mon. 7 98½ G
Frankf. a. M. 2 M. 4 7 4 bz
Petersburg 3 W. 6 70½ z
do. 3 Mon. 6 69½ bz
Warschau 8 Tage 6 64½ bz
Bremen 8 Tage 5 109½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.	Zf.
Dividende pro 1864.	Zf.
Preuss. Bank-Auth.	10½/15 4½ 117½ bz
Borl. Kassen-Verein	8½ 4 128 G
Pomm. R. Privatbank	— 4 74 B
Danzig	7½ 4 88 B
Königsberg	6½ 4 98 B
Posen	6½ 4 80 B
Magdeburg	5½ 4 77 B
Pr. Hypothek.-Vera.	11½ 4 102 G
Braunschweig	0 4 69 B
Weimar	6½ 4 80 G
Rostock (neue)	— 4 100 bz
Gera	7½ 4 84½ G
Thüringen	4 4 50 B
Gotha	7½ 4 86 B
Dess. Landesbank	7½ 4 75 B
Hamburger Nordb.	9 4 98 bz
do. Vereinsb.	8½ 4 103½ bz
Hannover	— 4 75½ bz
Bremen	6½ 4 102½ B
Luxemburg	6 4 61 G
Darmst. Zettelbank	7½ 4 57 B
Darmstadt	6½ 4 63 bz
Leipzig	— 4 62 bz
Meiningen	7 4 75 bz
Koburg	8½ 4 69½ B
Dessau	0 0 2 bz
Oesterreich	— 4 44½ oz
Genf	— 4 23 bz
Moldauische	0 4 15½ bz
Disc.-Comm.-Anth.	— 4 77½ bz
Berl. Handels-Gesellsch.	8 4 82 G
Schles. Bank-Verein	— 4 88 B
Ges. f. Fab. v. Eisbd.	5½ 5 70 G
Dess. Cont.-Gas.-Ak.	11 5 116 bz
Hörder Hütten	— 5 84 B
Minerva Bergw.-A.	— 5 23½ bz

## Gold- und Papiergele.

Fr. Bkn. m. R. 99½ 10 G	Napoleone 5 10½ bz
- ohne R. 98½ bz	Louis'dor 112½ G
Oest. öst. W. 73 bz	Sovereign 6 22½ bz
Poln. Bankn. —	Goldkronen 9 7 bz
Russ. Bankn. 64½ bz	Goldpr. Z.-Pf. 460 bz
Dollars 1 11½ bz	Friedrichsd. 114 G
Imperialien 5 15 bz	Silber 29 29 G
Dukaten 3 4½ bz	

## 37. Wahlbezirk.

Alt.-Tornei Nr. 1-32	
New.-Tornei:	
Alleestraße Nr. 1-10	
Turnerstraße Nr. 1-9 und 21-26	
Grünstraße Nr. 1-7 und 23-28	

## 38. Wahlbezirk.

Neu.-Tornei:	
Turnerstraße Nr. 10-20	
Querstraße Nr. 1-8	
Grünstraße Nr. 8-22	
Kleckerstraße Nr. 1-13	
Judenkirchhof	
Charlotenthal Nr. 1-2	
Friedrichshof	

## 39. Wahlbezirk.

Unterweiß Nr. 1-56	
Vor dem Königsth. am Wege nach Grünhof	
An der Chaussee nach Grabow	
Petrihof</	

